

Tagungsbericht

Fachtagung

in Kooperation mit dem
Aktionsbündnis gegen Frauenhandel,
Renovabis und der
Hochschule für Philosophie München (IKE)

Sex sells...?! Menschenhandel und die Medien

am 05. März 2009
im Konferenzzentrum München

Marta Sobczyszyn



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Akademie für Politik und Zeitgeschehen

Die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der **Hanns-Seidel-Stiftung** veranstaltete am 5. März 2009 in Kooperation mit dem **Aktionsbündnis gegen Frauenhandel, Renovabis** und der **Hochschule für Philosophie München** eine Fachtagung zum Thema „Sex sells...?! – Menschenhandel und die Medien“. Bei dieser Fachtagung wurde die Aufbereitung der Themen „Menschenhandel und Zwangsprostitution“ in den Medien beleuchtet und genauer untersucht.

Neben Journalisten und Publizisten kamen Vertreterinnen von Opferschutzeinrichtungen, Polizei sowie Ethiker und Politiker zu Wort, bei der u.a. folgende Fragen im Fokus standen:

Wie vereinbart man Fakten und Forderungen als medienethische Aspekte in der Berichterstattung? Was sind mögliche Folgen der Medienberichterstattung? Wie lässt sich die Berichterstattung der Medien mit der Arbeit einer Beratungsorganisation vereinbaren? Welche Konsequenzen hat die Berichterstattung für Opfer, Täter und Zuschauer/Reader?

Ein Filmclip der Journalistin und Preisträgerin „Frau Europas 2007“, **Inge Bell**, zeigte zu Beginn der Veranstaltung ein Beispiel des Frauenhandels und der Zwangsprostitution und rief allen Teilnehmern die Aktualität und Wirklichkeit dieser Geschehnisse ins Bewusstsein.

Bei der Begrüßung betonte **Prof. Ursula Männle** MdL, Stellvertretende Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung und Staatsministerin a.D., dass es nicht ausreichte, allein auf diese Thematik und die damit in hoher Anzahl verbundenen gesellschaftlichen, moralischen und ethischen Probleme hinzuweisen, sondern es notwendig sei, den Missbrauch von Frauen und den Menschenhandel öffentlich zur Diskussion zu stellen. Sie betonte die Wichtigkeit der sich mit dieser Thematik auseinandersetzenden Organisationen und Opferschutzeinrichtungen. Speziell in der Öffentlichkeitsarbeit aber liege der Schlüssel, um für dieses Thema einerseits ein größeres soziales Bewusstsein in der Gesellschaft zu schaffen und andererseits präventiv tätig zu sein.

Burkhard Haneke, Renovabis-Geschäftsführer, zeigte sich recht erfreut über die Anwesenheit der männlichen Teilnehmer, denn das Thema Frauenhandel sei in der Aufarbeitung der Problematik leider überwiegend ein Frauenthema. Weiter wies er darauf hin, dass das Osteuropahilfswerk Renovabis in diesem Jahr unter dem Leitwort „Zur Freiheit befreit“ das historische Ereignis des Mauerfalls bzw. der friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa 1989/90 zum Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht habe. Die Beendigung des Ost-West-Konfliktes hatte einen Aufbruch zur Freiheit zur Folge. Die neu errungene Freiheit habe aber Probleme nach sich gezogen. Die Grenzen waren offen und die Migration, ob freiwillig oder unfreiwillig, nahm ihren Lauf, was neben den vielen positiven Aspekten später leider auch negative Seiten aufzeigte. Der Frauenhandel und die Zwangsprostitution seien ein Teil davon.

In seinem Vortrag „Fakten und Forderungen - Medienethische Aspekte“ stellte **Prof. Dr. Rüdiger Funiok S.J.** von der Hochschule für Philosophie in München die Ergebnisse der Auswertung seiner „kleinen Feldstudie“ vor. Er wies darauf hin, dass in diesem thematischen Umfeld nur 10 Prozent der Artikel mit Frauenhandel und Zwangsprostitution direkt zu tun hätten. Ausgewertet hatte er einschlägige Artikel eines elektronischen Archivs und Artikel diverser Tageszeitungen.

Darauf begründete er seine medienethischen Forderungen, die zu einer Verringerung der Menschenrechtsverletzungen durch Journalisten und Medien führen sollen:

- Berichterstattungen erfolgten meist anlassbezogen, deshalb:

Menschenrechtsverletzungen sollten Journalisten auch bei Routineanlässen aufhorchen lassen und entsprechend sensibilisieren.

- Serien im Fernsehen mit sexuellen Hintergründen seien weniger geworden, aber auch nur deswegen, da das Internet „Deftigeres“ und eine größere Bandbreite biete. Boulevardzeitungen lockten mit diesen Themen, eine fundierte Berichterstattung werde meist nicht gegeben. Die

Thematik sei oft sehr einseitig, von der Gewalt gegenüber Prostituierten werde nur sehr selten berichtet.

Nicht nur die Freierprominenz sollte ein Nachrichtenfaktor sein, sondern auch die Verletzung von Menschenrechten.

- Für den Leser sei die Opferrolle von Frauen durch ihre aufgezwungene aber doch ausgeübte Rolle als Hure nicht eindeutig. Unklar bleibe, „warum sich diese Frauen nicht wehren?“. Eine authentische Berichterstattung zu produzieren erweise sich als schwierig, denn nur echte, unverpixelte Bilder seien persönliche Bilder und gewährten eine reale und emotionale Meldung, oft zum massiven Nachteil des Opfers.

Ein menschenrechtssensibler Journalismus erfordert eigene Recherchen und dokumentarische Hintergrundberichte.

- Auch wenn die an der heutigen Tagung teilnehmenden Organisationen nicht das nötige Geld für einen Preis hätten, so könnten sie trotzdem die Jurys von Journalistenpreisen mit guten Tipps im Bereich der Berichterstattung von Zwangsprostitution und Menschenhandel versorgen und mutigen und sozialkritischen Journalismus damit auszeichnen.

Gelungene Berichte durch Journalistenpreise herausstellen!

- Neben der Überschrift seien es die Photos, die Aufmerksamkeit auf einen Bericht lenkten. Suche nach Symbolphotos, die den Zwangsaspekt und Folterungen hervorheben.

Ein um Differenzierung bemühter Journalismus sollte nach Fotos, die diesen Aspekt repräsentieren, suchen.

- Der Widerspruch zwischen dem redaktionellen Bericht und den Werbeabdrucken in den Kleinanzeigen sei groß, und oft werde die Frage gestellt, warum dieser Widerspruch überhaupt entstehe? Zeitungen seien auf die finanziellen Einnahmen angewiesen, deshalb nähme der Verlag Proteste über solche Anzeigen in Kauf.

Die Verlagsleitung sollte diese Zwangssituation in einem Editorial erläutern.

- Die rechtliche Absicherung sei oftmals vorrangig vor der Opferperspektive.

Menschenrechtsverletzungen fordern einen mutigen, an medienethischen Erwägungen orientierten Journalismus.

Schwester Dr. Lea Ackermann, Gründerin und Vorsitzende der Opferschutzeinrichtung SOLWODI und Guardini-Preisträgerin versuchte in ihrem Vortrag „Hilfe oder Hindernis – Berichterstattung aus der Sicht der Beratungsorganisationen“ den Spagat zu leisten zwischen den Schwierigkeiten seriöser medialer Berichterstattung, der Aufklärung über den verbrecherischen Menschenhandel und der Werbung für die Hilfsorganisationen. Sie betonte: „Opfer des Menschenhandels dürfen keine Quotenbringer sein.“ Schwester Lea berichtete von dem Zwiespalt, einerseits die Frauen und Kinder, denen ihre Organisation helfen könne, auch zu erreichen und andererseits die Öffentlichkeit über das Verbrechen des Menschenhandels zu informieren. Um beide Ziele zu erreichen, werde die Berichterstattung in den Printmedien, im Radio und Fernsehen dringend gebraucht.

Zwangssituationen entstünden immer dann, wenn das Interesse der Medien nicht mit dem Interesse der Hilfsorganisation übereinstimme. Um genügend Aufmerksamkeit beim Publikum zu erreichen seien Journalisten und Journalistinnen auf der Suche nach tagesaktuellen, immer brandneuen Themen und "Sensationen", die zudem selbst in seriösen Medien oft stark bebildert und aufdringlich dargestellt würden. Das Anliegen der Hilfsorganisationen könne schon allein durch die Tatsache in ein schiefes Licht geraten, wenn z.B. eine Tageszeitung einen Artikel über Menschenhandel abdrucke und in der gleichen Ausgabe ein paar Seiten weiter Reklame für Bordelle und Angebote der Zuhälter zu lesen seien.

Sie räumte ein, dass sich auch die Journalistinnen und Journalisten in einem Dilemma befänden. Oftmals interessierten sie sich ernsthaft für das Thema und das Schicksal der Frauen. Aber eine seriöse und sachliche Berichterstattung entspreche oft nicht den Erwartungen der Leser, die auf Spektakuläres, auf Spannung und effekthaschende Bilder fixiert seien. Denn

Schilderungen, Geschichten und Bilder scheinen immer drastischer werden zu müssen, damit sie noch Interesse beim Publikum fänden. Wegen der Forderung nach steigender Auflagenhöhe und Leserzahl entstehe ein großer Druck in den Redaktionen. Mit ein Grund, warum Journalisten und Journalistinnen versuchten, möglichst viele, spektakuläre, intime Informationen über das Opfer zu bekommen. Hier müssten Journalisten und Journalistinnen die Verantwortung des Opferschutzes ernst nehmen. Auflagenhöhe und Einschaltquoten dürften nicht auf dem Leid anderer aufgebaut werden, vor allem nicht auf dem Leid derer, die vorher schon so viel erlitten hätten.

Eine Verantwortung liege aber auch beim Einzelnen. Letztendlich trügen die Rezipienten und Rezipientinnen die Verantwortung durch ihr Medien-Konsumverhalten.

Heiner Minzel, Erster Kriminalhauptkommissar am Polizeipräsidium Dortmund, stellte das „Dortmunder Modell“, eine seit 1995 bestehende enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, Behörden, Beratungsstellen und den örtlichen Medien als eine praktikable Möglichkeit des Kampfes gegen die Kriminalität im „Rotlichtbereich“ vor und zeigte für diesen Bereich die positive Auswirkung für eine objektive Berichterstattung auf.

Im November 1995 wurde für den Bereich des Polizeipräsidiums Dortmund die Bekämpfung der Kriminalität rund um das „Rotlicht“ (Delikte Menschenhandel und illegaler Aufenthalt durch Ausübung der Prostitution) beschlossen. Zunächst erfolgte eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der Örtlichkeiten, in denen im Stadtgebiet die Prostitutionsausübung bekannt war, bzw. vermutet wurde. Es wurden konkrete Vorgehensweisen vereinbart wie z.B. die Erschließung von Wegen zur Informationsgewinnung, die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und die Konzeption festgeschriebener und zielorientierter Kontrollen. Bereits nach kurzer Zeit konnte ein aktuelles Lagebild hinsichtlich der existierenden Prostitutionsstätten erstellt werden. Es erfolgten erste polizeirechtliche Maßnahmen. Nach kurzzeitiger Aufklärung an den Örtlichkeiten kam es bei den sich anschließenden Razzien zu zahlreichen Festnahmen von Prostituierten wegen illegalen Aufenthaltes durch Aufnahme und Ausübung der Prostitutionstätigkeit. Im Jahre 1998 wurden 498 Frauen aus Osteuropa wegen des Verdachts des illegalen Aufenthaltes festgenommen. Durch die weiteren Ermittlungen, insbesondere die Vernehmungen der Frauen, ergaben sich konkrete Hinweise auf das Delikt "schwerer Menschenhandel" (heute: "Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung").

Die „Dortmunder Mitternachtsmission“ war zeitgleich durch das Ministerium für die Gleichstellung von Mann und Frau in NRW beauftragt worden, das Modellprojekt „Schutz für Opfer von Menschenhandel“ durchzuführen. Prostituierte, die Opfer von Menschenhandel waren, wurden der Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel, der „Dortmunder Mitternachtsmission“ zugeführt. Im Rahmen der anschließenden Unterbringung und Betreuung der Opfer von Menschenhandel ergaben sich Problemsachverhalte, die ein schnelles und unkompliziertes Handeln erforderlich machten. Aus der Verpflichtung zum Handeln entstand auf Initiative der „Dortmunder Mitternachtsmission“ im November 1995 der erste „Runde Tisch“, an dem bei seiner ersten Sitzung Vertreter der Staatsanwaltschaft Dortmund, der Dienststelle KK 12 des Polizeipräsidiums Dortmund und der Dortmunder Mitternachtsmission teilnahmen. Bei der Problemerkörterung wurde schnell ersichtlich, dass das Mitwirken weiterer Behörden und Institutionen erforderlich war. An den heute noch regelmäßig stattfindenden Sitzungen des „Runden Tisches Menschenhandel“ waren/sind nun auch Vertreter des Ausländer-, des Ordnungs- und des Sozialamtes der Stadt Dortmund, sowie sozialer bzw. beratender Einrichtungen beteiligt. Je nach Problemstellung werden speziell Vertreter von Behörden oder Organisationen eingeladen. Über die Jahre entwickelte sich eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen Polizei, den Behörden und Beratungsstellen. Die Berichterstattung über das örtliche Rotlichtmilieu entwickelte sich durch die ständige Präsenz der Polizei und durch vorgenommene Schließungen illegaler Betriebe weg von spektakulären Razzien hin zu einer begleitenden Pressearbeit zu den verschiedensten Anlässen. Minzel räumt aber ein, dass

eine objektive Berichterstattung sehr schwer einzufordern sei, deshalb arbeite er nur mit seriösen Medienvertretern zusammen.

Ein weiterer Filmclip und der Vortrag „Intime Interviews – Journalisten zwischen Leid, Leidtragenden und Lesern“ von **Inge Bell** informierte über den Zwiespalt von Sensibilität und Sensation in der Medienbranche. Bell machte deutlich, dass oft übersehen werde, in welche Gefahr sich Journalisten begäben, die mit ihrer Berichterstattung anderen Menschen helfen und auf deren Situation aufmerksam machen wollten, die sich also um „guten Journalismus“ bemühten.

Die „Nichtverpixelung“ eines Freiers in einem Fernsehbeitrag, so Inge Bell, schade dem Berichtersteller mehr als dem Freier. Die Verpixelung des Freiers oder Zuhälters diene also dem persönlichen Schutz des Journalisten, die Verpixelung des Opfers diene dem Opfer. Generell sei die Verpixelung ein sehr wichtiger Schutzmechanismus in den Medien, der wirklich gewahrt und respektiert werden müsse. Inge Bell äußerte sich sehr positiv über die Entwicklung der Berichterstattung über Frauenhandel und Zwangsprostitution, die offener geworden sei und dass auch immer mehr Hilfsorganisationen und Opfer sich bereit zeigten, zu berichten, aufzuklären, mit den Journalisten zu kooperieren, um die Gesellschaft an dem Skandal der Zwangsprostitution teilhaben zu lassen. Die Berichterstattung müsse sich aber weiterentwickeln, nur wäre wünschenswert: weg vom Opfer, hin zum Täter. Aussagen und O-Töne von Freiern, wie in dem vorangegangenen Filmclip gezeigt wurden, seien noch zu rar. Freier sind mitten in unserer Gesellschaft, sie sind diejenigen, die den Frauenhandel vorantrieben. Eine Million Freier die täglich ins Bordell gingen, das ist eine Zahl, die nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Auch werde über Gerichtsverhandlungen noch zu wenig berichtet. Prostitution und Menschenhandel seien nicht nur ein Thema der weiblichen Würde, sondern ein Thema der menschlichen Würde, und eine würdige Berichterstattung sei absolut wünschenswert, so Inge Bell abschließend.

Der Sozialwissenschaftler und TV-Journalist, **Thomas Hestermann** vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen stellte in seinem Vortrag „Fernsehbilder des Schreckens und die Idealisierung des Opfers“ die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung dar. Fazit war, dass das Thema Menschenhandel ein schwergängiges Fernsehthema sei, zumal die Opfer nicht als idealtypisch gelten würden. Das „ideale Opfer“ sei, der Untersuchung zufolge, jung, weiblich und deutsch.

Über 400 Beiträge des Fernsehens und der Printmedien wurden gesichtet. Daraus wurde die Vorannahme gezogen: Sex werde als Massenware, als Produkt verkauft und dem Publikum angeboten. Die Art, wie Kriminalität dargestellt werde komme einem spannenden Krimi-Erlebnis gleich. Die Befragung der Journalisten ergab, das Wichtigste für die Nachrichtenübermittler sei, ein großes Publikum bzw. Stammleser zu gewinnen. Um die Quote zu steigern, sei es hilfreich Themen zu wählen, die Empathie und Mitgefühl ermöglichten.

Des Weiteren fand die Forschung zwei zentrale Tendenzen in den Beiträgen: Zum einen werde die Gewalt dramatisiert, zum anderen werde über die sexuelle Gewalt besonders stark berichtet. Selten werde Prostitution als Zwangsprostitution verstanden. Dieses Thema sei für das Publikum nicht attraktiv, da die Prostituierten zwar weiblich und jung seien, aber nicht Deutsch. Ein bedeutendes Ergebnis war weiterhin, dass sich keiner der über 400 Fernsehbeiträge mit dem Thema des Menschenhandels beschäftigte.

Mit einem Appell an alle Teilnehmer wach zu sein und auf Medien-Beiträge zu reagieren, wies er darauf hin, dass Ethik eingefordert werden müsse.

Christine Haderthauer, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, betonte in ihrem Referat „Medien als Spiegel der Gesellschaft“ die Schlüsselrolle der Medien beim Thema Menschenhandel.

Frauenhandel und Zwangsprostitution geschähen mitten in unserer Gesellschaft und oft erlebe man, dass diese Themen nur am Rande behandelt werden. Die Öffentlichkeit sei betroffen darüber, dass Frauenhandel und Zwangsprostitution mitten unter uns passieren würde, aber keiner wolle sich mit den Opfern der Ausbeutung identifizieren. Allein der Aspekt des fremden Herkunftslandes der Opfer lasse eine Grundsolidarisierung unmöglich erscheinen.

Die momentane Situation sei erschreckend, denn das Geschäft der Zwangsprostitution boome seit der Öffnung der Grenzen nach Osten, der zügellosen Berichterstattung und der einschlägigen Angebote im Internet. „Die Nachfrage ist bei diesem Geschäft langfristig gesichert, die Ware kurzfristig lieferbar, das Risiko gering und der Gewinn garantiert.“ So könnte es im Prospekt einer Menschenhandelsfirma stehen. Der Europarat sagt uns, „die Profite der Frauenhändler sind in den letzten 10 Jahren um rund 400 % gestiegen,“ so Staatsministerin Haderthauer. Laut den Vereinten Nationen würden allein in Europa jährlich ca. 500 000 Frauen zur Prostitution gezwungen werden, in Deutschland sind es 200 000.

Die Ministerin zog eine Parallele zu der Frau in der Opferrolle und der Frau im Berufsleben, die bei gleicher Arbeit nicht den gleichen Verdienst eines Mannes bekomme. Das seien ihrer Meinung nach, Rollenbilder, die unser Denken, unsere Sprache und unser Verhalten beeinflussten und von den Medien gesteuert werden. Die Ministerin forderte von den Medien mehr Verantwortung für ihr Handeln, für ihre Berichterstattung, für die Auswahl der Bilder, denn oft sei ihnen scheinbar nicht bewusst, welchen Einfluss sie auf den Konsumenten hätten.

Wichtig sei des Weiteren die Entwicklung von mehr Zivilcourage in der Bevölkerung und die verstärkte Werbung der/für die Hilfsorganisationen.

Ihrer Meinung nach sei es die Aufgabe der Medien, nicht nur aufzuzeigen, dass es Straftaten gäbe, sondern welches Verhalten eine vorbildliche, gut handelnde Gesellschaft an den Tag legen könne, damit man aller Straftaten Herr werden könne. Das wiederum sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, hier könne man nicht einseitig auf die Polizei oder die Staatsanwaltschaft zeigen.

Im Schlusswort der Veranstaltung betonte **Wiltrud Huml** vom Aktionsbündnis gegen Frauenhandel, dass bei allen Institutionen, die bei dieser Fachtagung kooperieren, das christliche Menschenbild verankert sei, und schon allein deshalb die Beachtung und das Eintreten für die Würde des Menschen eine besondere Verpflichtung darstelle. Das Thema des Frauenhandels und der Zwangsprostitution sei weder ein Frauen- noch ein Männer-Thema, es ist ein Thema der Menschenwürde. Männer, die eine Frau als Ware benutzten, schadeten ihrer eigenen Würde, auch wenn es ihnen nicht bewusst sei. Die Medien als Spiegel seien ein universeller Spiegel unserer Gesellschaft. Wir alle brauchen den Willen, etwas zu bewegen, etwas zu verändern, und wir sollten es wirklich darauf anlegen, etwas zu verändern, um unsere Welt für die Nachkommen weiterhin lebenswert zu machen.